

Antrag

**der Abgeordneten Heike Sudmann, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik,
Dr. Carola Ensslen, Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch,
Cansu Özdemir, Dr. Stephanie Rose, David Stoop und Insa Tietjen (DIE LINKE)**

Betr.: Sternbrücke: Foulspiel der DB vor und nach dem Planfeststellungsbeschluss stoppen

„Die Vorbereitungen für den Gebäudeabbruch im Rahmen der Erneuerung der Eisenbahnüberführung Sternbrücke haben begonnen. In Kürze erwarten wir den Planfeststellungsbeschluss. Bestimmte Vorarbeiten und Arbeiten an bahneigenen Gebäuden oder Bahnanlagen sind auch ohne Planfeststellungsbeschluss umsetzbar.“ Mit diesen Worten beginnt die DB ihre Pressemitteilung vom 31.1.24. Mit Datum vom 5.2.24 wurde die Pressemitteilung korrigiert und dieser Satz eingefügt: „Der Gebäudeabbruch erfolgt, sobald der Planfeststellungsbeschluss vorliegt. Der Rückbau der Gebäude wird derzeit im ersten Baufeld vorbereitet.“ An den Baumfällungen wird weiterhin festgehalten.

Der Planfeststellungsbeschluss, der die Voraussetzung für rechtliche Schritte gegen das Vorhaben ist, wurde seit 2023 immer wieder verschoben. Jetzt will die DB, wie immer mit Unterstützung des Senats, Fakten schaffen. Dieses Foulspiel muss gestoppt werden. Die Krokodilstränen der DB in der Pressemitteilung können nicht darüber hinwegtäuschen, dass hier mit der Brechstange Politik gemacht wird. Der Abriss von Wohnhäusern – bis Mai 2024, obwohl anscheinend noch nicht mal für alle Mieter*innen Ersatzwohnraum gefunden wurde –, das Fällen von 40 der insgesamt 86 Bäume sollen Kläger*innen und Stadtteilbewohner*innen, Unterstützer*innen im Kampf gegen die Monsterbrücke entmutigen. Das Gegenteil wird der Fall sein.

Noch ist es nicht zu spät, die bisherigen Fehlentscheidungen zu revidieren. Die Kürzungen der Bundesmittel für die Deutsche Bahn machen eh Kurskorrekturen erforderlich.

Die Bürgerschaft möge vor diesem Hintergrund beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. mit allen zur Verfügung stehenden Mittel die vorgezogenen Maßnahmen, zum Beispiel durch Intervention bei der DB, zu stoppen.
2. auf die DB einzuwirken und alle verwaltungsrechtlichen Mittel zu nutzen, damit auch nicht vor Ende der Klagefrist (vier Wochen nach Zustellung des Planfeststellungsbeschlusses) mit den Bauarbeiten begonnen wird, sodass den Bürger:innen dieser Stadt eine Prüfung der überarbeiteten Planung und eine Entscheidung über das Einreichen einer Klage ermöglicht wird, ohne Fakten zu schaffen.
3. gemeinsam mit der DB Alternativen für die Sternbrücke, auch vor dem Hintergrund der gekürzten Bundesmittel für die DB, zu suchen.
4. der Bürgerschaft bis zum 31.3.24 über den Sachstand zu berichten.